

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch,  
07. März 2012 im Sitzungszimmer des Rathauses in Bad König

**Beginn: 20.00 Uhr**

**Ende: 22.35 Uhr**

### **Anwesend sind: vom Haupt- und Finanzausschuss**

Vorsitzender	ZBK	Rolf Landgraf
	ZBK	Martin Schlingmann (für Steffen Urich)
	CDU	Willi Reichert
	SPD	Raoul Giebenhain
	SPD	Jürgen Reeg (für Gerhard Zeltner)

entschuldigt:	CDU	Martin Bereiter
	Bürgerliste Bad König	Thomas Riedl
	ZBK	Steffen Urich
	SPD	Gerhard Zeltner

### **von der Stadtverordnetenversammlung**

Bündnis 90/ Die Grünen	Hedwig Seiler
---------------------------	---------------

ZBK	Heike Jäger
-----	-------------

### **vom Magistrat**

Bürgermeister	parteilos	Uwe Veith
---------------	-----------	-----------

### **von der Verwaltung**

Leiter der Finanzabteilung	Markus Best
Leiter der Hauptabteilung	Thomas Lust
Schrifführerin	Christiane Kees

Vorsitzender Landgraf eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.  
Er stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht ergangen  
und der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Tagesordnung werden keine  
Einwände erhoben, so dass für die heutige Sitzung folgende Tagesordnung gilt:

1. **Mitteilungen**
2. **Beratung und Beschlussempfehlung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2012 mit Anlagen**
3. **Beratung und Beschlussempfehlung über das Haushaltssicherungskonzept 2012**
4. **Anfragen**

#### **TOP 1        Mitteilungen**

Bürgermeister Veith hat folgende Mitteilung:

Bürgermeister Veith hat eine nicht erfreuliche Mitteilung: Das Land Hessen gewährt keine Zuschüsse für das im Rahmen der IKZ geplante Gewerbegebiet gemeinsam mit Brombachtal an der B 45. Es werden keine neuen Maßnahmen mehr gefördert.

Eine weitere Möglichkeit, an Fördermittel zu kommen, wäre über einen Investitionsfonds. Voraussetzung ist jedoch, dass bereits konkrete Nachfragen nach einer erheblichen Zahl von Gewerbegrundstücken vorliegen. Dies ist leider nicht der Fall.

#### **TOP 2        Beratung und Beschlussempfehlung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2012 mit Anlagen**

Vorsitzender Landgraf schlägt vor, zunächst den Haushaltsplan und anschließend die Haushaltssatzung zu beraten.

Weiter schlägt er vor, den Haushaltsplan Seite für Seite durchzugehen.

Die aufkommenden Fragen werden von Bürgermeister Veith und Herrn Best beantwortet.

Bezüglich des Produkt 312204 Allg. Sicherheit, Ordnung und Dienstleistungen – Pos. 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) möchte Herr Giebenhain wissen, wie hoch die Kosten für die Beauftragung des Sicherheitsdienstes „Samurai“ und wie hoch die Erträge sind. Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ständig in der Kritik der Bevölkerung stehen, wäre evtl. auch zu überlegen, den Vertrag mit der Sicherheitsfirma zu kündigen und mit diesem Geld einen Mitarbeiter zusätzlich einzustellen, der dann diese Aufgaben übernimmt.

Bürgermeister Veith weist darauf hin, dass man die Arbeit bzw. den Ertrag des Sicherheitsdienstes nicht nur unter dem Kosten/Ertrag-Aspekt sehen sollte. Sie übernehmen die Verkehrssicherungspflicht der Stadt, wie z. B. Kontrolle des ruhenden Verkehrs im Bereich der Bahnhofstraße/Ecke Weyprechtstraße und im

Rimhorner Graben, damit dort beispielsweise die Schulbusse problemlos durchfahren können. Eine Stadt und ihre Einrichtungen müssen funktionieren (auch anfahrbar sein). Die Verkehrsüberwachung ist kein monetärer Selbstzweck.

Vorsitzender Landgraf meint, dass über die Frage, ob der Vertrag mit der Sicherheitsfirma gekündigt werden und hierfür eine Person zusätzlich eingestellt werden soll, die dann diese Aufgaben wieder in Eigenregie übernimmt, in einer künftigen Haupt- und Finanzausschusssitzung diskutiert werden kann.

Bezüglich des Stellenplans 2012 besteht kein Beratungsbedarf.

Bei der Beratung der Haushaltsatzung ergibt sich eine rege Diskussion bezüglich der Höhe des Kassenkredits. Im vorliegenden Entwurf der Haushaltsatzung 2012 beträgt die Höhe des Kassenkredits 9,5 Mio. € (§ 4 der Haushaltssatzung).

Herr Schlingmann hält diese Summe für zu hoch und geht davon aus, dass die Kommunalaufsicht deshalb Haushaltsplan und – satzung nicht genehmigen wird. Daher schlägt er eine Reduzierung auf 8,5 Mio. € vor. Er möchte wissen, inwieweit die Kommunalaufsicht bei dieser Höhe des Kassenkredits zustimmen wird.

Herr Best erläutert hierzu, dass seit etlichen Jahren erstmalig in diesem Jahr wieder die Höhe des Kassenkredits von der Kommunalaufsicht zu genehmigen ist. Es bestehen noch keine Erfahrungswerte. Er kann nicht sagen, ob die Kommunalaufsicht bei dieser Summe oder 8,5 Mio. € zustimmen wird. Eine Zahl von 8,5 Mio. € müsste auf jeden Fall ebenso konkret begründet werden wie die von 9,5 Mio. €.

Er erläutert nochmals die Notwendigkeit dieser Höhe des Kassenkredits. Da in diesem Jahr einige große Investitionen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung anstehen, muss die Stadt diese Maßnahmen vorfinanzieren. Um liquide zu bleiben, ist diese Summe aus dem Blick der Stadt Bad König durchaus gerechtfertigt und notwendig.

Herr Schlingmann meint dennoch, dass man die Höhe des Kassenkredits auf 8,5 Mio. € reduzieren sollte. Falls diese Summe nicht ausreicht, könne man durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung diese auf 9,5 Mio. € erhöhen, was nur eine Rüge der Kommunalaufsicht zur Folge hätte.

Herr Best und Bürgermeister Veith antworten, dass die HGO bzw. GemHVO eine andere Vorgehensweise bei der Erhöhung der Kassenkredite vorsehen. Die Höhe der Kassenkredite (§4 der Haushaltsatzung) kann nur im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplans geändert werden.

Weiterhin führt Bürgermeister Veith aus, dass sich die Verwaltung strafbar machen würde, wenn sie bewusst die Grenze des in der Haushaltssatzung festgelegten Kassenkredits überschreitet. Weder er noch ein anderer Mitarbeiter der Verwaltung werden sich dafür hergeben. Eine Verwaltung hat sich generell nur im Rahmen des Haushaltes zu bewegen.

Den Rahmen zu setzen sei oberstes Recht der Stadtverordneten, aber auch deren Pflicht. Daher sollten auch die Gründe für die gelieferten Zahlen (hier: Höchstbetrag Kassenkredit) ernsthaft abgewogen werden. Der Gesetzgeber hat deswegen auch ein recht aufwendiges Verfahren zur Erstellung und schließlich dessen Genehmigung festgelegt. Daher kann man sich auch über die wichtigen Pflichtbestandteile nicht so einfach hinwegsetzen.

Er bittet alle Fraktionen, hier auf die sorgfältige Vorarbeit der Verwaltung zu vertrauen.

Herr Reichert hält die Höhe von 9,5 Mio. € gerechtfertigt, wenn man berücksichtigt, dass diese Summe bis vermutlich Mai 2013 ausreichen muss, bis eben der Haushaltsplan 2013 in Kraft tritt.

Herr Giebenhain sieht dies ähnlich. Er vertraut hier den Mitarbeitern der Verwaltung, die diese Höhe ermittelt haben. Sollte sich die Mehrheit jedoch die Mehrheit der Stadtverordneten für eine Reduzierung des Kassenkredits auf 8,5 Mio. € aussprechen, wird seine Fraktion die Verabschiedung des Haushaltsplans 2012 nicht gefährden.

Herr Schlingmann stellt fest, dass Wirtschaftsplan und Finanzplan der Kur GmbH noch nicht vorliegen. Ohne diese Pläne kann er keine Empfehlung bezüglich der Beschlussfassung zum Haushaltsplan und Haushaltsatzung an die Stadtverordnetenversammlung geben.

Bürgermeister Veith erklärt hierzu, dass der Finanzplan in der Kurverwaltungsratssitzung am 14.03.2012 verabschiedet werden wird.

Sodann lässt der Vorsitzende Landgraf den Haupt- und Finanzausschuss über den vorliegenden Haushaltsplan 2012 abstimmen:

**Mit 4 Ja -Stimmen und 1 Enthaltung empfiehlt der Haupt und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung, dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2012 zuzustimmen.**

Bevor der Haupt- und Finanzausschuss eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Haushaltssatzung ausspricht, lässt Vorsitzender Landgraf über folgenden Änderungsantrag bezüglich der Haushaltssatzung abstimmen:

**Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistungen von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird von ursprünglich vorgesehenen 9,5 Mio. a € auf 8,5 Mio. € reduziert (betr. § 4 der Haushaltssatzung).**

**Dieser Änderungsantrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Im Anschluss lässt Vorsitzender Landgraf den Haupt- und Finanzausschuss über die vorliegende Haushaltssatzung 2012 abstimmen.

**Mit 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen empfiehlt der Haupt und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung, dem vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2012 zuzustimmen.**

### **3. Beratung und Beschlussempfehlung über das Haushaltssicherungskonzept 2012**

Bezüglich des Haushaltssicherungskonzepts liegen dem Ausschussvorsitzenden und den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage folgende Änderungsanträge vor:

- Kündigung des Kindergartenfahrdienst

Dieser Punkt soll ersatzlos gestrichen werden.

Diesen Antrag haben sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt.

- Anhebung des Gewerbesteuersatzes um 10 Punkte (von 350 auf 360).

Diesen Antrag hat die SPD-Fraktion gestellt.

Zunächst wird über den Antrag „Streichung Kündigung des Kindergartenfahrdienstes“ diskutiert. Auf Vorschlag der ZBK-Fraktion wurde dieser im Haushaltssicherungskonzept aufgenommen, um die Kosten für die Kindergartenfahrdienste (z.Zt. 35.000,-- €) deutlich zu reduzieren. Hierzu hat der Magistrat beschlossen, den bestehenden Vertrag zu kündigen.

Herr Giebenhain und Frau Seiler begründen ihren Antrag, insbesondere weist Herr Giebenhain darauf hin, dass es vor ein paar Jahren von der Stadt Bad König eine Zusage gab, für die Stadteile, die keinen eigenen Kindergarten haben, einen Kindergartenfahrdienst einzurichten.

Vorsitzender Landgraf und Herr Schlingmann erläutern, warum sie die Streichung der Kindergartenfahrdienste bzw. Reduzierung der Kosten hierfür beantragt haben. Herr Landgraf erläutert, dass der ZBK-Fraktion nicht bekannt war, dass es eine feste Zusage seitens der Stadt für den Kindergartenfahrdienst gibt. Der bestehende Vertrag soll gekündigt werden und neue Angebote eingeholt werden, um so die Kosten zu reduzieren. Sowohl Herr Schlingmann als auch Herr Landgraf erklären, dass an eine Einstellung des Fahrdienstes nicht gedacht sei.

Hauptamtsleiter Lust erklärt hierzu, dass letztes Jahr insgesamt 7 Firmen bzw. Busunternehmen angeschrieben wurden, mit der Bitte, ein entsprechendes Angebot abzugeben. Nur 3 Firmen haben geantwortet. Die Angebote lagen weit auseinander: das günstigste bei 35.000 € das teuerste bei 91.000,- €. Er warnt ausdrücklich davor, die bestehenden Verträge zu kündigen, weil aufgrund der derzeitigen Spritpreisentwicklung wohl kaum mit einem günstigeren Vertragsabschluss zu rechnen ist.

Alle anwesenden Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass der Kindergartenfahrdienst erhalten bleiben muss.

Es wird folgender Antrag formuliert, den Vorsitzender Landgraf zur Abstimmung stellt:

**Die anwesenden Fraktionen beantragen, die im Haushaltssicherungskonzept formulierte Streichung des Kindergartenfahrdienstes zu streichen.**

**Mit 5 Ja-Stimmen wird diesem Antrag zugestimmt.**

Die SPD-Fraktion hat ebenfalls beantragt, den Gewerbesteuersatz um 10 Punkte von 350 auf 360 zu erhöhen.

Herr Giebenhain begründet den Antrag im Wesentlichen damit, dass in den letzten Jahren im Zuge der Haushaltskonsolidierung einige Gebühren und Steuern erhöht wurden, wie z.B. Friedhofsgebühr, Kindergartengebühren, Wassergebühr und die Grundsteuer A und B. Im Zuge der Verteilungsgerechtigkeit ist es nun an der Zeit, auch die Gewerbetreibenden an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen.

Es schließt sich eine rege Diskussion an; die Vertreter der ZBK-Fraktion und CDU-Fraktion befürchten, dass durch eine weitere Anhebung des Gewerbesteuersatzes (Bad König hat mit 350 Punkten bereits den höchsten Satz aller Odenwaldkommunen), sich hierdurch kaum neue Gewerbebetriebe ansiedeln, wenn die Nachbarkommunen einen deutlich niedrigeren Hebesatz haben. Außerdem besteht die Gefahr, dass bestehende Gewerbebetriebe abwandern.

Vorsitzender Landgraf lässt über den vorliegenden Antrag auf Anhebung des Gewerbesteuersatzes um 10 Punkte auf 360 abstimmen:

**Mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wird der Antrag auf Anhebung des Gewerbesteuersatzes um 10 Punkte im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts abgelehnt.**

Vorsitzender Landgraf lässt nun die Ausschussmitglieder über das vorliegende Haushaltssicherungskonzept abstimmen.

**Mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wird das Haushaltssicherungskonzept 2012 zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung gegeben.**

Da laut Geschäftsordnung eine Sitzung nicht länger als 22:30 Uhr dauern soll, schließt Vorsitzender Landgraf um 22:35 Uhr die Sitzung.



Landgraf, Vorsitzender des  
Haupt- und Finanzausschusses



Kees, Schriftführerin